

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verlagsanstalt: Drag 11, Rejnaustr. 18 • Tel. Nr.: 36705, 31466, 30496, 30497, 30555 • Postkontonr.: 97544

13. Jahrgang.

Freitag, 6. Jänner 1933

Nr. 5.

Rotes Präsidium der Stadt Leipzig.

Infolge der Vereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Wir meldeten gestern, daß die SPD. von ihren eigenen Anhängern gezwungen wurde, ihre Richtlinien für die Wahl der einzelnen Gemeindevorstellungen zu ändern und ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in allen jenen Fällen festzusetzen, in denen dadurch die Wahl eines faschistischen Gemeindepresidentiums verhindert werden kann.

Man würde in Leipzig beweisen, welchen Erfolg ein solches Zusammengehen der beiden proletarischen Parteien haben kann. Neben die Wahl des Präsidiums der Stadt Leipzig, die in der Stadtverordnetenversammlung vom vergangenen Mittwoch erfolgte, liegt dieser Bericht vor:

In der Sitzung der neuen Leipziger Stadtverordnetenversammlung wurde am Mittwoch die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Sie ergab: Zum ersten Vorkreuzer wurde der Sozialdemokrat Landgerichtsdirektor Dr. Hübler mit 42 von 74 Stimmen gewählt.

Die SPD. hatte erklären lassen, sie wolle verhindern, daß ein „offizieller Vertreter des Marschfeldbaus“ als Stadtverordnetenvorsteher aufstellen könne, und aus diesem Grunde vereinigte sie ihre Stimmen bei der Wahl mit denen der SPD. Aus dieser Wohlgemeinschaft dürfte aber nicht geschlossen werden, daß die sozialistische Bewegung, die zwischen der SPD. und der SPD. grundsätzlich besteht, aufgehoben sei.

Erster Vorkreuzer wurde der Kommunist Schmidt, für den 41 Stimmen von 74 abgegeben wurden, und zweiter Vorkreuzer wurde der Sozialdemokrat Schupfand, der 41 von 73 Stimmen erhielt.

Ein von den Nationalsozialisten und ein von den Bürgerlichen vorgeschlagener Vertreter wurden nicht gewählt.

Gewiß ist das, was jetzt in Sachsen geschieht, noch lange nicht die Einheitsfront; es ist aber etwas, das jedem Klassenbewußten Arbeiter als selbstverständlich erscheint. Von der Erkenntnis solcher Selbstverständlichkeiten sind unsere Kommunistenführer allerdings noch weit entfernt.

Wechsel im ungarischen Außenministerium.

Der Berliner Gesandte wird Außenminister.

Budapest, 5. Jänner. (MTA.) Amtlich wird bekanntgegeben: Minister des Reiches Puly hat seine Demission gegeben. Zu seinem Nachfolger wird der Berliner ungarische Gesandte Koloman Kania von Kánya ernannt werden.

Koloman Kania von Kánya, der gegenwärtig bereits 63 Jahre alt ist, begann seine Laufbahn im österreichischen Konsulatsdienst und wurde im Jahre 1904 Konsul in Genéve. Seit 1905 war er im Wiener Außenministerium tätig, 1918 ging er als österreichischer Gesandter nach Mexiko. Nach dem Antritt trat er in den ungarischen Außendienst über. Er war zunächst Leiter der politischen Section des Außenministeriums und seit 1925 Gesandter in Berlin.

Der demissionierte Außenminister Puly wird zum Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes ernannt werden.

Auch Deutschland zahlt nicht

New York, 5. Jänner. (Reuter.) Deutschland hat dem Finanzminister der Vereinigten Staaten bekanntgegeben, daß es gezwungen sein werde, die Bezahlung einiger zum 31. März fälligen Schuldenraten aufzuschieben. Es handelt sich um einen Betrag von etwa 33 Millionen Mark auf Rechnung der Besatzungs- und Entschädigungskosten.

Was steht da vor?

Rom, 5. Jänner. Die von einigen ausländischen Mächten gedrohte Nachricht, daß der frühere Generalleutnant der faschistischen Partei Turati, von seinem Aufenthaltsort am Gardasee in den Ausland geächtet ist, wird von der „Agenzia Stefani“ als vollkommen falsch bezeichnet.

Hitler sucht Hilfe bei Papen!

Unterredung über die „Eingliederung der NSDAP in eine nationale Konzentration“.

Berlin, 5. Jänner. Wie hoch die Angst im Münchner Braunen Haus vor der mit der kommenden Programmdebatte im Reichstag immer näher rückenden Entscheidung über Tolerierung des Kabinetts Schleicher oder Neuwahlen bereits gestiegen ist, zeigt der überraschende Desistieren am deutlichsten eine offizielle Meldung der Nationalsozialistischen Korrespondenz, welche die Gerüchte über eine Zusammenkunft zwischen Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen bestätigt, dem Mann, den Hitler noch während der letzten Verhandlungen über die Regierungsbildung bei jeder Gelegenheit in der schärfsten Form angriff! Augenscheinlich sucht jetzt Hitler bei demselben Papen Schutz vor dem neuen Reichskanzler Schleicher!

Die Zusammenkunft hat nach dieser Meldung tatsächlich in Köln im Hause eines Freundes der NSDAP stattgefunden; es habe sich lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über politische Vorgänge der letzten Wochen gehandelt.

Dieser „Freund“ der NSDAP ist der Finanzier Baron Schröder, der zu der Schwerindustrie in engster Beziehung steht!

Die eineinhalbstündige Unterredung soll nach anderen Meldungen durch führende Funktionäre des nationalsozialistischen Stahlwerks vermittelt worden sein. Einmütig wird diese Zusammenkunft als ein Versuch interpretiert, der gegen den jetzigen Reichskanzler von Schleicher gerichtet ist; die Aussagen gehen jedoch auseinander insofern es sich um deren Inhalt handelt. Den einen Ansichten zufolge war Hitler bestrebt, von Papen dazu zu bewegen, daß er seine guten Beziehungen zu der Umgebung des Reichspräsidenten, insbesondere aber zum Sohne des Reichspräsidenten, dem Obersten Hindenburg, dazu benutzen solle, um die Hindenburgs aus dem Wege zu räumen, die sich bisher stets der Kanzlerschaft Hitlers in den Weg gestellt hatten.

Der anderen, wahrscheinlicheren Version zufolge, hat Hitler bereits die Hoffnung sollen gelassen, das Kanzleramt zu erlangen. Er habe hierbei eine nationalsozialistische Unterstützung einem eventuellen neuen Kabinett von Papen versprochen, in welchem Falle Hitler preussischer Ministerpräsident werden würde.

Der „Vorwärts“ schreibt zu diesem neuesten Streich der rasselosen Primadonna folgendes:

Frankreich verstärkt seinen Grenzschutz.

Permanente Besatzungen für den Festungsgürtel.

Paris, 5. Jänner. Durch Befehl und entsprechende Verordnungen des Präsidenten der Republik sind laut „Matin“ der Kriegsminister und der Große Generalstab ermächtigt worden, bestimmte neue Truppenkörper zu schaffen, die für die Befestigungsanlagen an der Grenze bestimmt sind. Es handelt sich neben Infanterieregimenten und Pioneerabteilungen insbesondere um die Verstärkung von Infanterie und Artillerie, die in Permanenz in die Befesti-

gungsanlagen gelegt werden und eventuell für die Verteidigung ihres Frontabschnittes eingesetzt werden sollen. Ferner sollen die Luftabwehrabteilungen von vier auf sechs erhöht werden.

Die Verstärkung der an der Grenze stehenden Regimenter soll nach der „Matin“-Meldung durch eine Vergrößerung der Truppenbestände anderer Divisionen erreicht werden. Die Umstellung wird wahrscheinlich zum 1. April 1933 durchgeführt sein.

Allgemeines Moratorium in Jugoslawien.

Belgrad, 5. Jänner. (Abala.) Der Ministerrat unterzeichnete eine Verordnung, durch die den Schuldauern, die ohne Schwierigkeiten ihren Schuldverpflichtungen nicht nachkommen können, aber noch nicht im Konkurs oder Ausgleich sind, erlaubt wird, das Gericht erster Instanz um Interdiction zur Regelung der Schuld, bezw. eines neuen Uebereinkommens mit den Gläubigern zu erlauben. Gelingt es innerhalb 90 Tagen nicht, ein Einbernehmen zu erzielen, wird die Angelegenheit im abgekürzten Verfahren geregelt.

Ein mutiger Heizer

legt ein kolombisches Kanonenboot lahm.

Para, 5. Jänner. Das kolombische Kanonenboot „Vordoba“, das im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Peru und Kolumbien in den Gewässern des Amazonasstromes kreuzt, mußte gestern im Hafen Yeticia am Amazonasstrom vor Anker gehen, weil der Heizer sich weigerte, weiter zu arbeiten. Der Kommandant des Schiffes bemühte sich, im Hafen einen neuen Heizer zu mieten, damit das Schiff seine Fahrt fortsetzen konnte. Nach den eingegangenen Nachrichten konzentriert sich die peruanische Armee in der Nähe von Zaurito, 300 Meilen von Yeticia entfernt, auf peruanischem Gebiet.

Das rote Schweden.

Der schwedische Volksstaat unter sozialdemokratischer Führung

Von Paul Olberg (Stockholm).

Die Wirtschaftskrise, welche überall in der Welt die Gemüter beherrscht, beschäftigt auch in Schweden die öffentliche Meinung des Landes. Die Krisenauswirkungen sind selbstverständlich in den einzelnen Ländern verschieden. Schweden ist eins der wenigen Länder, die bisher glücklicherweise nicht allzu hart von der wirtschaftlichen Erschütterung betroffen wurden. Wenn man aus Deutschland, wo Not und Elend auf Schritt und Tritt peinigend auffallen, nach Schweden kommt, so fällt umgekehrt der Wohlstand der Bevölkerung auf, der vor allem in der Lebensfreude zum Ausdruck kommt. Diese äußere Beobachtung findet beim näheren Kennenlernen der hiesigen Verhältnisse eine Bestätigung. Schwedens Finanzlage ist durchaus gesund. Der Staat ist schuldenfrei. Mehr noch: er hat Einkünfte aus Finnien. Der schwedische Außenhandel zeigt eine feste Tendenz für die Handelsbilanz. Bemerkenswert ist, daß Schwedens Ablehnung von der Goldfußwährung das Wirtschaftsleben nicht beeinträchtigt hat. Überall diese Reform ein positives Ergebnis, namentlich für den Exporthandel. Von Erscheinungen inflationistischer Natur kann keine Rede sein. Kaufmännische Wirtschaftler erklären mir gegenüber, daß die Preise der Artikel des Massenbedarfs, mit einzelnen unwesentlichen Ausnahmen, seit der Aufgabe der Goldwährung nicht gestiegen sind. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern liefert Schweden ein anschauliches Beispiel der wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes ohne Zollschranken und Kontinentierungen. Wegen des erheblichen schwedischen Exports nach England richtet die Reichsbank den Kronenkurs nach dem Sterling-Kurs. Aber die sehr empfindlichen Schwankungen der englischen Währung in der letzten Zeit beeinflussen den Kronenkurs. Daher steht die Frage auf der Tagesordnung, den Kronenkurs von dem Stand der englischen Währung unabhängig zu machen. Im übrigen ist die schwedische Reichsbank durchaus in der Lage, zur Goldbasis zurückzukehren.

Die finanziellen Folgen der Arcuger Katastrophe gelten beinahe als überwunden. Allerdings wird der traurige Nachschuß des Hundstollens noch lange die amtlichen Stellen Schwedens beschäftigen. Bisher hat die ständige Untersuchungskommission schon 23 umfangreiche Berichte der Öffentlichkeit unterbreitet. Wie lange sie noch an dem gewaltigen beschlagnahmten Material arbeiten wird, läßt sich noch gar nicht übersehen.

In den Hauptindustriebezirken sind die Kollektivverträge kürzlich erneuert worden. Bei der vortrefflichen Organisation der schwedischen Gewerkschaften, die fast sämtliche Industriearbeiter erfassen, dürften die Arbeiter in der Zeit ihrer industriellen Depression so wohl unterkommen, soziale Konflikte größeren Ausmaßes zu vermeiden.

Zur Aufrechterhaltung der geringen Lebenshaltung der Volksmassen trägt in hohem Maße die Konsumgenossenschaftsbewegung bei, die in einem wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Faktor des Landes geworden ist. Der Zentralverband der schwedischen Genossenschaften, Konsumförbundet (K. F.), wird als der „erste Großhändler“ des Landes bezeichnet. Sein Jahresumsatz bei den Mitgliedern, den 806 Konsumvereinen, beträgt etwa 150 Millionen Kronen während der Umsatz der 3510 Konsum-Magazine die enorme Summe von 350 Millionen Kronen erreicht. In Stockholm, wo 150 Konsummagazine mit großem Erfolg den Handel betreiben, beginnen die Konsumvereine die Preise einzelner Artikel des Massenbedarfs, wie z. B. des Brotes, zu bestimmen. In den genannten 806 Konsumvereinen sind 500.000

Familienhaushaltungen, d. h. etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes zusammengefaßt.

Nicht wenig tragen zur Hebung der Lebenshaltung und zur Vorbeugung der Not die bedeutenden sozialen Leistungen der Kommunalwirtschaft Schwedens bei.

Alle diese Faktoren mildern, wie schon gesagt, die Krisenerscheinungen in erheblichem Maße, sie vermögen aber nicht, die Krise selbst aus der Welt zu schaffen.

Es ist selbstverständlich, daß Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung von der sozialdemokratischen Regierung Per Albin Hansson als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet werden.

suchen. Mit außerordentlicher Schnelligkeit hat die Kommission den verantwortungsvollen Auftrag erfüllt und in der Frist von wenigen Wochen die umfangreiche Erhebung durchgeführt.

Zu erwähnen sind noch folgende sozialpolitische Maßnahmen der Regierung. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat die Regierung die Lohnkürzung für öffentliche Arbeiten, die seit dem 1. August v. J. in Kraft waren, rückgängig gemacht.

Von großer prinzipieller Bedeutung dürfte der Beschluß der Regierung sein, eine Erhebung wegen der Verstaatlichung der Munitionswerke Schwedens durchzuführen.

Nicht nur in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, sondern in der breitesten Öffentlichkeit des Landes herrscht die Überzeugung, daß die Politik des Kabinetts Per Albin Hansson die sichere Gewähr für die gesunde Entwicklung Schwedens bietet.

Erstmalig auffassend in der schwedischen Arbeiterbewegung ist die intensive allgemeine Bildungsarbeit. Sie ist hauptsächlich in den Händen des Arbeiter-Bildungsverbandes (ABF) konzentriert.

Das Studium der verschiedenen Formen und Tätigkeitsgebiete der Arbeiterbewegung Schwedens führt zur festen Überzeugung, daß die schwedische sozialistische Demokratie einen Zeitschnitt des Aufschwungs durchmacht.

Belgische Sozialisten gegen die Steuerpläne der Regierung.

Brüssel, 4. Jänner. (Eig. Draht.) Der Generalkonrat der belgischen Arbeiterpartei tagte am Mittwoch in Brüssel, um zu den Steuermaßnahmen der Bürgerblockregierung Stellung zu nehmen.

Ein neuer Vorschlag Koudelkas.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen den proletarischen Parteien.

Der Autor der Idee eines Nichtangriffspaktes zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, Genosse Jaroslav Koudelka, schreibt über diese Frage nochmals im gestrigen Leitartikel des "Právo Lidu" und gelangt zu dem neuen Vorschlag einer Schiedsgerichtskommission zwischen den proletarischen Parteien.

Wie man sieht, handelt es sich Koudelka nicht einmal um einen Burgfrieden zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern nur um die Ausmerzung gewisser Ausschreitungen, die im gegenseitigen Kampfe begangen werden und um die Einsetzung einer schiedsgerichtlichen Einrichtung.

massen und der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger schonloser Schonung des Besitzes bedeutet, wurden von Vandervelde, Wauters und den Führern der großen Gewerkschaftsverbände aufs schärfste gegeißelt.

Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern nur um die Ausmerzung gewisser Ausschreitungen, die im gegenseitigen Kampfe begangen werden und um die Einsetzung einer schiedsgerichtlichen Einrichtung.

Die großen Schwierigkeiten sind, welche die Kommunisten vor den Augen haben, lehrte folgendes Plakat aus dem Reichsbüro "Vorwärts" vom 5. Jänner.

viel eher Verträge mit den Klassengegnern abschließen, als mit den Klassengegnern.

Wie groß die Schwierigkeiten sind, welche die Kommunisten vor den Augen haben, lehrte folgendes Plakat aus dem Reichsbüro "Vorwärts" vom 5. Jänner.

Proletarische Einheit - das heißt in ihrem (das heißt der Sozialdemokraten d. Red.) Munde, nicht Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, sondern Bündnis mit der Kapitalistenklasse.

Man bräute diese Logik! Wenn wir den Kommunisten ein Zusammengehen antragen, dann ist dies ein Bündnis - mit der Kapitalistenklasse.

Was sich die Kommunisten auch immer denken mögen - mit dem gesunden Menschenverstand hat ihre Politik nichts mehr zu tun.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright bei Hochstetter-Verlag Berlin.

Nachdruck verboten.

Im Hochsommer, als Male sich darin geschickelt hatte, mit Bewußtsein im "Garten Gethemane" zu leben, als sie gleich allen Zöglingen die Fürsorge-Anstalt wie ein Gefängnis haßte.

Bei dieser Gelegenheit erfährt Male endlich, daß ihre Eltern leider nicht nach der göttlichen Bestimmung gehandelt, sondern dem Herrn der himmlischen Heerscharen vermessene Vorgegriffen hätten.

und schließlich interessierte er sich auch nicht sonderlich dafür. Das Mädchen mochte etwas bodig sein, aber das hatte nichts zu sagen, wenn sie nur keinen selbstzergerischen Trost anahm.

Gott, ohne dessen Willen keinem Sperrling ein Schwanzfedlein gekräumt wird, kein Mädchen summet, kein Schaf unter die Hände der Schlächter gerät - Gott wird auch über dich weiterhin seinen Arm ausstrecken.

Male meinte die ganze Nacht in den Armen der Freundin, die ihr "Mann" war. Ob die Erbsünde sie überwältigte, wußte sie nicht.

Dann schloß sie ein, und der "Mann" lägte seiner "Neinen Frau" die kalten Tränentropfen weg.

Bei den Mädchen wird daher die Vollendung des 16. Lebensjahres durchaus als Grenzpunkt des Jährlingsaltrechtes festzulegen sein.

Im Herbst wurde Male ausschließlich in der Landwirtschaft beschäftigt, die ein umfangreiches Tätigkeitsgebiet im "Garten Gethemane" darstellte.

Wenn Male den ganzen Tag dürres Heu in Haine Mannre gesammelt, im Tale Jovapbat Obst gepflückt oder auf dem Gelbberge nach Nutteln ausgehuddelt hatte, kühlte sie sich am Abend so freuzutun, daß sie kaum noch essen mochte.

Einmal schlief sie bei der Abenddämmerung im Garten ein. Pastor Ridmann geriet über diese löbliche Störung des Gottesdienstes so außer sich, daß er keine schonungsvolle Anweisung des Bibeldruckers von der unbegrenzten Rücksichtnahme unterbroch und das Mädchen in die Wirtshauskuchentür zurücktrieb.

Schwester Bathiebo, Males unmittelbare Vorgesetzte und Erzieherin, machte ihr nach der Andacht heftige Vorwürfe darüber, weil sie den Herrn Pastor gerade während der Gottesdienstlichen Handlung zu einer Knieverbeugung veranlaßt habe.

Unter dem vorgesehnen Erziehungspersonal der Anstalt hatte das Mädchen überhaupt keine Freunde. Sie trug die Mißgunst über die ihr geleisteten erzieherischen Bemühungen nicht offen zur Schau, was unklar, vielleicht sogar gefährlich gewesen wäre.

Pastor Ridmann hatte die Gepflogenheit, ab und zu seine Zöglinge - in erregten Augenblicken nannte er sie Züchtlige - zu "Aufklärungsstunden" zusammenzurufen.

Pastor Ridmann hatte die Mädchen zu einer solchen Aufklärungsstunde nach dem Besuche befohlen lassen. Er stand in einer Ecke des Korridors und beobachtete, wie sie nach und nach eintrafen.

Die Schlüsselstellungen Müllers

Geben dem „Tag“ wieder einmal Anlaß, hoffnungsreiche Töne anzuschlagen. Zwar hat er sich noch nicht dazu aufgerafft, die Mörder des SA-Mannes Dentsch zu nennen...

All das, was jetzt über die NSDAP gesprochen wird, bezeichnet „Der Tag“ als „Lügen und Kombination um die NSDAP“... Und wenn auch die „Lügen“ mit den vom „Tag“ vierundzwanzig Stunden nach gemeldeten Tatsachen meist übereinstimmen...

Der Schlüssel befindet sich, entgegen allen Gerüchten, in den Händen des Nationalsozialismus und diese Tatsache erregt seine Feinde mächtig... Und diese Erregung steigerte sich durch die Erkenntnis, daß die NSDAP und ihr Führer den „eisernen Willen“ haben...

Nun, an dem „eisernen Willen“ mag es nicht fehlen. Bloß ein bißchen an der Fähigkeit, ihn durchzusetzen. Und wenn „Der Tag“ nun keine Befreiung damit tröstet, daß Hitler, dem er vor kurzem die Weihen ließ, das Hind schon schmerzhaft werde, so ist das auch dann ein magerer Trost...

Das Auslieferungsbegehren gegen Krebs und Konforten

Der Nationaldemokrat Jekel urgieren die Auslieferung...

Prag, 5. Jänner. Der Vorsitzende des Immunitätsausschusses Abg. Jekel hat an den Justizminister Dr. Meißner einen Brief gerichtet, in dem er den Minister ersucht, den zuständigen Organen die Befreiung zu geben, die vom Ausschuss zwecks Beurteilung des Auslieferungsbegehrens gegen die fünf nationalsozialistischen Abgeordneten Krebs, Jung, Schubert, Seitzich und Kasper bereits vor einem Monat angeforderten Akten des Brünnner Volksport-Prozesses unterzuzüglich dem Immunitätsausschuss zukommen zu lassen...

Ein Gehaltsabbau, über den sich die Bürgerlichen nicht aufregen. Daß die Koalitionsregierung, um eine Inflation zu verhindern, die Gehälter der Staatsangestellten vorübergehend um 3 bis 10 Prozent gekürzt hat, wurde ihr, vor allem aber den Sozialdemokraten, von den deutschbürgerlichen Parteien und natürlich auch von den Halenkreuzern und Kommunisten übel angekreidet. Die Sozialdemokraten wurden geradezu als Verbrecher hingestellt, weil sie die größten Anstrengungen unternommen haben, um die Staatsangestellten vor noch schlimmerem zu bewahren. Nun wird berichtet, daß die städtischen Beamten der Stadt Karlsbad seit Mai 1932 nur noch das halbe Gehalt bekommen, aber siehe da, das gesamte Bürgerium ist deswegen keineswegs entzündet, sondern findet das ganz in der Ordnung, denn in Karlsbad ist der zwar nicht offiziell beschlossene, aber tatsächlich durchgeführte Gehaltsabbau auf die Maßnahme eines Halenkreuzlers — des Finanzreferenten Geher — zurückzuführen und das ist selbstverständlich etwas anderes. Einem Nazi wird man doch wegen seiner „Anfuchendheit“ gegenüber der Angelegenheit keine Vorwürfe machen. Hier war eben, so sieht das Bürgerium als Entschuldigung an, eine vis major, eine „höhere Gewalt“ mit im Spiel. Wenn freilich ein Sozialdemokrat das getan hätte, was der Geher gemacht hat — so wäre er von der bürgerlich-halenkreuzerlichen Meute auf der Stelle zerrissen worden.

Beratungen der Metallarbeiter-Internationale. Gestern, Donnerstag, wurde in Prag eine Sitzung des Zentralkomitees der Metallarbeiter-Internationale eröffnet. Anwesend waren Vertreter der Metallarbeiterverbände folgender Länder: England, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, Deutschland, Schweden, Norwegen, Ungarn, Österreich, Rumänien, Spanien, Schweiz und Tschechoslowakei. Den Bericht des Sekretariats erstattete Sekretär Genosse Jlg. Die Vertreter der einzelnen Landesorganisationen berichteten über die Verhältnisse in ihren Ländern. Für die Tschechoslowakei sprachen die Genossen Sampl und Nauman. Aus den Berichten ging hervor, daß die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie seit dem Jahre 1929 in allen Ländern außerordentlich heftig gestiegen ist, so daß gegenwärtig nur zu etwa knapp 40 Prozent gearbeitet wird. Aus den christlichen Mitteilungen der polnischen und finnischen Metallarbeiterorganisationen ging hervor, daß in diesen Ländern eine soziale Reaktion herrscht, die es den Vertretern dieser Länder auch unmög-

lich machte, an der Sitzung teilzunehmen. Die Konferenz beschäftigte sich besonders mit den Verhältnissen in Polen, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn und faßte die entsprechenden Beschlüsse.

Blutige Schlägereien in der Wiener SA

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ feht ihre Enthüllungen über die Stände im österreichischen Nazilager fort. Sie bringt den genauen Bericht über eine SA-Verammlung in Wien, bei der es zu blutigen Schlägereien kam. Im Halenkreuzlager herrscht volle Aufregung über die Enthüllungen. Einer verdächtigt den anderen des Verrats. Am Dienstag sollten beim Appell der Halenkreuzer 15 Mann durchschußt werden, weil man ihnen nicht traute. Die Leute setzten sich zur Wehr, und es kam schließlich unter den Halenkreuzern zu einer förmlichen Schlacht mit Gummistückeln, bei der es schwere Verletzungen abgabte. Der Führer der SA erklärte, er bedaure, daß es bei den österreichischen Nationalsozialisten noch keine Feinde gebe, wie sie sich in Deutschland seit langem gut bewährt habe.

Krankenschwester begeht politischen Mord

Sofia, 5. Jänner. Der Mörder des Direktors des Blattes „Makodonia“ Erwinow, Christo Trojanow, der in einem hiesigen Spital in Behandlung stand, wurde in der Nacht auf heute von einer Krankenschwester ermordet, die Anhängerin Michajlows ist.

Expräsident Coolidge gestorben

New York, 5. Jänner. Wie aus Northampton gemeldet wird, ist der frühere Präsident Calvin Coolidge heute im 61. Lebensjahr gestorben. Er wurde in seinem Heim von seiner Frau, die vorübergehend abwesend war, tot aufgefunden.

USA noch lange desinteressiert

Washington, 5. Jänner. Ueber die amerikanische Haltung gegenüber den Ereignissen von Shanhaiwan verlautet von maßgebender Seite, die amerikanische Regierung beabsichtigt weder Truppen noch Kriegsschiffe an den Schauplatz der Zusammenstöße zu entsenden. Sie beschränke sich auf eine Mißbilligung des japanischen Vorgehens und würde eine Konferenz mit den europäischen Mächten erst dann erwägen, wenn die fremden Niederlassungen in Tientsin und Peking bedroht werden sollten.

Die spanischen Monarchisten entkommen

Paris, 5. Jänner. Gestrigen Meldungen zufolge lief in den Höfen von Etienne in französisch-Westafrika eine Fischerbark mit 28 politischen Gefangenen ein, die aus der spanischen Strafkolonie Vila Cisneros Samstag abends geflüchtet waren.

Feststellungen der Mörder „Der Tag“ zum Fall Dentsch

„Der Tag“ und die gesamte bürgerliche Presse veröffentlichen „Nationalsozialistische Feststellungen zum Falle Dentsch“, in denen nicht die Rede ist von der Tatsache, daß Dentsch von den Nationalsozialisten, also von seinen eigenen Kameraden, ermordet wurde, dafür aber die Behauptung aufgestellt wird, die Dresdener Polizeidirektion habe in Verbindung mit der marxistischen Presse und belieferte sie mit Material. Gegen die Stichhaltigkeit dieses Materials weiß die nationalsozialistische Mörderbande jedenfalls nichts zu sagen; aber sie irrt sich, wenn sie meint, durch den Hinweis auf die Materialquelle die Bedeutung der den Fall Dentsch betreffenden Nachrichten abzuschwächen. Sie möge lieber vom „Material“ selbst reden, das sie ausdrücklich als amtlich bezeichnet. Seine Richtigkeit wird also von ihr selbst bestätigt.

In einer seiner letzten Nummern hat „Der Tag“ zum Fall Dentsch lediglich mitgeteilt, man „vermute“, daß Dentsch ein Spion gewesen sei. „Indem der Fall Dentsch in ein ganz neues Licht gerückt wurde“, kein Wort gegen die Mörder, verdeckte Billigung der Missetat — das ist die Haltung des „Tag“, der also seine wahre Gesinnung wieder einmal äußert.

Wer Dentsch war, geht aus einer Aufschrift hervor, die seine Freunde an unser Dresdener Parteiblatt richteten. Darin heißt es u. a.:

Mit seinem Arbeitsverdienst unterstützte Herbert Dentsch seine Familie mehr als pflichtgemäß. Seine Mutter und die im gleichen Haushalt lebende fast gleichaltrige Schwester, die seit der Aufhebung des entsetzlichen brutalen Barbes vollkommen lahmschlapp und verzweifelt sind, schälern ihn als einen mächtigen stets hilfsbereiten Menschen. Dem Alkoholgenuß war Dentsch abgeneigt, das isolierte ihn etwas von den SA-Kameraden Dentsch, so berichtet die Mutter, habe vor allem seiner Arbeit — der politischen wie der beruflichen — gelebt. In Schenke, der in der gleichen politischen Tätigkeit hand, ist es in der letzten Zeit mehrfach zu Auseinandersetzungen

Medizinalkapitalismus und Tuberkulose

Von Dr. Theodor Gruschka

Unter diesem Titel brachte die Weihnachtsnummer der sozialdemokratischen Blätter einen mit „dres“ gezeichneten Aufsatz, der von der Redaktion als „wichtiger Diskussionsbeitrag zum Thema „Tuberkulosebekämpfung“ angezeigt war. Es sei mir also gestattet, die „Diskussion“ fortzusetzen.

Der Aufsatz strotzt von Unrichtigkeiten, halben Wahrheiten, die ja oft gefährlicher sind als volle Unwahrheiten, und Verdrehungen. Er beginnt gleich mit einer großen Fälschung. Zum Beweise, daß die Ketzerschaft gar nicht die Absicht habe, zu heilen, sondern nur zu behandelndeln, wird eine Stelle aus dem Buche des Münchener Rosenhygienikers Prof. Dr. Fritz Lenz „Grundriß der menschlichen Erblirkeitslehre und Rassenhygiene“ wiedergegeben. Lenz ist der Theoretiker des deutschen Rassenismus, der der politisch und wirtschaftlich Reaktion eine biologische Begründung liefert. Aber muß man einem Gegner gegenüber nicht doppelt gerecht sein? Deshalb darf in der sozialdemokratischen Presse eine Fälschung an Lenz nicht durchgehen. „dres“ gibt an, daß die zitierte Stelle den „zwei ersten Auflagen seines Buches“ entnommen sei. Die zweite Auflage ist mir nicht zugänglich, aber in der ersten Auflage lese ich anderes, als „dres“ anführt.

nach „dres“ Original.

„Daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiet stehen freilich der Gesundheit schmerzvolle wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich nur einmal klarmachen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch Zehntausende andere Ärzte in ihrem ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbuße erleiden würden. Es wäre unangebracht, wenn man von den Ärzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.“

„Daß es bei genügender Energie möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten so gut wie ganz auszurotten, daran kann gar kein Zweifel sein. Weiß dadurch aber nicht nur zahlreiche Fachärzte, die von der Behandlung Geschlechtskranker leben, brotlos werden, sondern auch viele andere Ärzte in ihren ohnehin nicht großen Einkünften schwere Einbuße erleiden würden, scheint es im Interesse einer wirklich durchgreifenden Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wie der Volkskrankheiten unbedingt nötig zu sein, daß die Ärzte auch für vorübergehende und sozialhygienische Tätigkeit angemessen bezahlt werden, wovon weiter unten auch noch in anderem Zusammenhang zu reden sein wird.“

Während „dres“ also durch seine Fälschung zeigen will, daß Lenz das Sabotieren der Volksgesundheit rechtfertigt, bemüht sich Lenz in Wirklichkeit, die vorbeugende ärztliche Arbeit materiell sicherzustellen. Lenz macht kein „Einkennrkenntnis“ über den mangelnden Willen der Ärzte, den ihnen anvertrauten einzelnen

Fall auch zu heilen, sondern erklärt die mangelfhafte Minderwirkung der Heilärzte an den notwendigen, umfassenden, außerhalb der Heilung des Einzelalles liegenden vorbeugenden, das heißt nachforschenden, überwachenden, erzieherischen und vielerlei anders gearteten sozialhygienischen Maßnahmen, die zur Ausrottung der Geschlechtskrankheiten notwendig wären. Lenz kommt dabei zu Forderungen, die vollkommen richtig sind und dem Gesundheitsprogramm einer sozialdemokratischen Partei entsprechen könnten.

Es ist auch im rassendehygenischen Interesse sehr zu begrüßen, daß auf diese Weise ein immer

Streik bei den Premierwerken in Eger

Eger, 5. Jänner. (Eigenbericht.) Die Leitung der hiesigen Premier-Werke hatte den bestehenden Kollektivvertrag zum 31. Dezember gekündigt und einen Lohnabbau von zehn bis fünfzehn Prozent verlangt. Die eingeleiteten Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weshalb in einer Belegschaftsversammlung, die heute abends stattfand, einstimmig der Streik beschlossen wurde.

Vor der Annahme von Arbeit in den Werken wird gewarnt!

größeren Teil der Ärzte in den Dienst der Krankheitsüberwindung treten würde, denn die Heilung einmal ausgebrochener Krankheiten ist in der Regel doch nur unvollkommen oder gar nicht mehr erreichbar. Im Interesse der Einheitslichkeit der gesamten Volksgesundheitspflege sollten die sozialhygienischen tätigen Ärzte womöglich alle vom Staate und nicht, wie es jetzt meist geschieht, von den Gemeinden befoltert werden. Diese Entwicklung geht in der Richtung auf eine allmähliche Verstaatlichung des ärztlichen Standes hin, wie sie Schollmeyer schon im Jahre 1891 gefordert hat. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die ausschließliche Vergebung der Ärzte nach einzelnen Leistungen nicht im Interesse der Volksgesundheit liegt. Bei privatrechtlicher Vergütung werden durch jede wesentliche Besserung der Volksgesundheit die Einkommensmöglichkeiten der Ärztegeschicht gemindert. Folglich muß der Staat dafür sorgen, daß durch die Befolgung der Bevölkerung, welche eine seiner vordringlichsten Aufgaben ist, nicht die Existenz der Ärzte untergraben wird. Denn wenn der ärztliche Stand ruiniert wird, so muß natürlich auch die Volksgesundheit schweren Schaden leiden. Eine weitreichende Volksgesundheitspflege ist also ohne angemessene Berücksichtigung der Interessen des ärztlichen Standes gar nicht möglich. Zur Lösung dieser Aufgabe aber wird eine gewisse Verstaatlichung oder, wenn man will „Sozialisierung“ des ärztlichen Standes notwendig zu umgehen sein. Auch die Ärzte, welche sich in ihrer Gesamtheit immer durch soziales Handeln ausgezeichnet haben, werden es auf die Dauer nicht wollen können, daß sie in einer wirtschaftlichen Lage bleiben, die durch Besserung der Volksgesundheit gedrückt, durch ihre Verkleinerung aber gehoben wird.

Auf diese Fälschung folgt sogleich eine Verdrehung von gleicher Schwere. Es wird von einer „Tuberkuloseindustrie“ gesprochen, der das „Lübeder Kindersterben“ zur Last gelegt wird. Doch dem Vorgehenden muß man also glauben, daß die Ketzerschaft durch ihre materiellen Interessen am Fortbestande der Tuberkulose oder am Gedeihen einer von der Tuberkulose Nutzen ziehenden Industrie die Heilung der Tuberkulose verhindern wollen und daß es infolge dieser sabotierenden Vernachlässigung zum Sterben in Lübed gekommen ist. Die Lübeder Tragödie gehört zu den traurigsten Vorkommnissen in dem von herrlichen Erfolgen begleiteten Kampf der ärztlichen Wissenschaft gegen Sichtung und Tod. Ich bekenne mich als Gegner der Calmetteschen Impfung, aber ich zweifle nicht eine Sekunde an den reinen, von keinem materiellen Motiv getriebenen Absichten aller, die an dieser Impfung mitwirken und in Lübed mitgewirkt haben. Die Calmettesche Impfung ist ein vordringendes Verahren, welches nach der Absicht und Ueberzeugung des Erfinders den Ausbruch der Tuberkulosekrankheit verhindern soll. Der Impfstoff wird in staatlichen oder anderen öffentlichen Instituten hergestellt und (wie in Lübed) kostenlos oder gegen Ertrag der Selbstkosten vertrieben. Calmette bezieht keine Lizenzgebühren oder Gewinne irgendwelcher Art und gibt das Ausgangsmaterial und die Bereitungsvorschriften an verlässlich erscheinende Laboratorien unentgeltlich ab. Wo ist ein kapitalistisches Interesse einer Tuberkuloseindustrie?

Dieses kapitalistische Interesse kann also nur darin liegen, daß die „Tuberkulin- und Sanatoriumsindustrie“ auch weiter an der Behandlung Tuberkulöser Geld verdienen will und daß deshalb der Fortbestand der Sanatorien durch die Calmetteimpfung gesichert werden soll. Die Ärzte haben sich also wie die Weisen von Zion verschworen, die Tuberkulose in der Menschheit zu verbreiten, um nur die dicken Dividenden den Tuberkulinfabrikanten und den Sanatorien zu erhalten. Die dritte große Fälschung, Tuberkulin wird heute so gut wie gar nicht mehr angewendet

